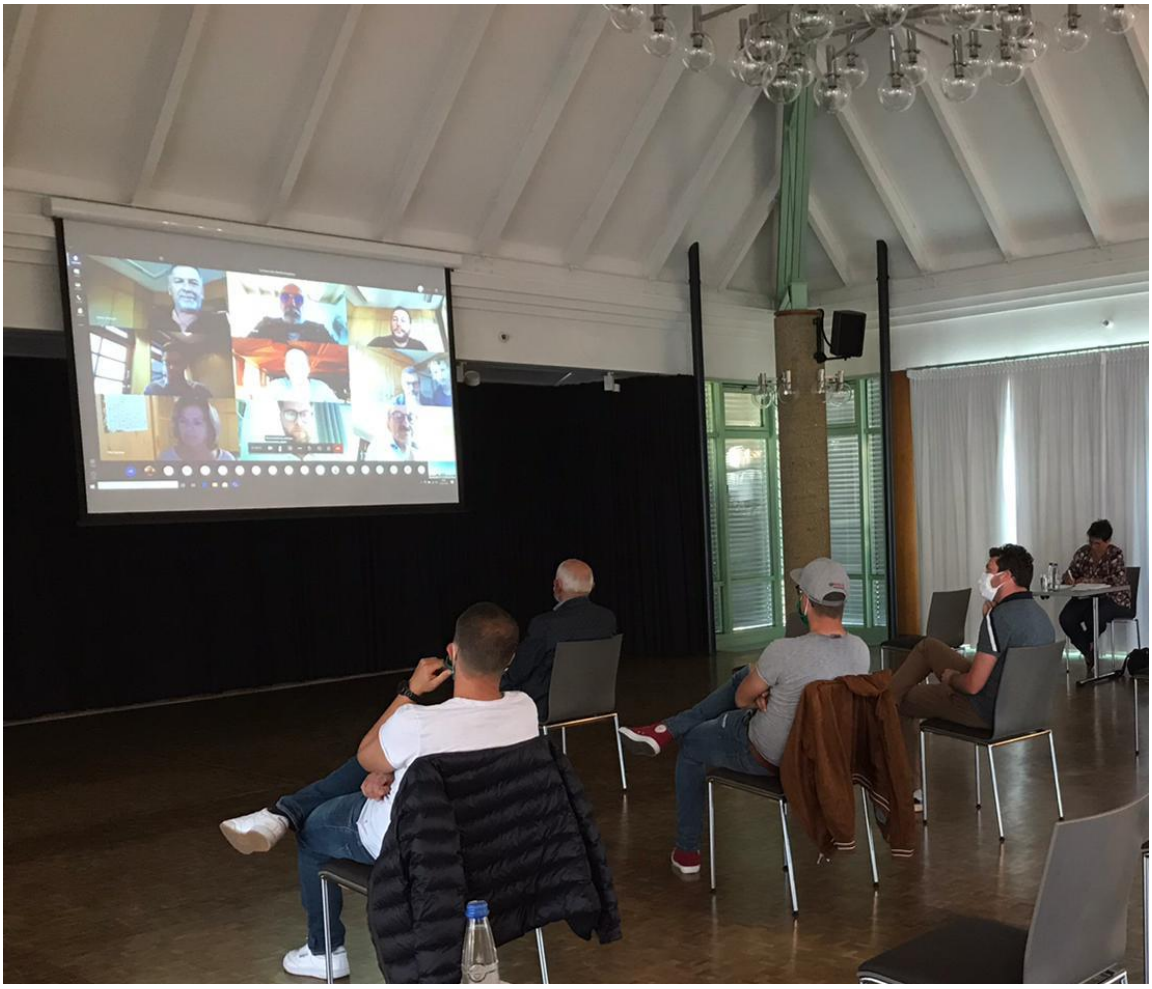
Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom 28. Mai 2020

Ungewöhnliche Zeiten – ungewöhnliche Maßnahmen



Einige interessierte Zuhörer verfolgten das digitale Sitzungsgeschehen im Susanna von Zillenhart-Saal im Bürgerhaus – natürlich mit entsprechendem Mindestabstand und Maske.

Gemeinderat tagt erstmals öffentlich in digitaler Form. Einige Themen, die coronabedingt aufgeschoben werden mussten, konnten nun behandelt werden.

Viele Tagesordnungspunkte, einige Mitarbeiter der Verwaltung und diverse externe Gäste – niemand von Gremium und Verwaltung im selben Raum und trotzdem rege Diskussionen und rechtssichere Beschlüsse. Nachdem man in Dettingen bereits sehnsüchtig auf die passende Rechtsgrundlage gewartet hatte und im April deshalb noch eine Präsenzsitzung mit gekürzter Tagesordnung durchführen musste, fand am vergangenen Donnerstag nun die erste öffentliche Gemeinderatssitzung in Form einer Videokonferenz statt. „Wir machen das, weil wir Gemeinderäte und Bürgerschaft vor Infektionen und einer möglichen zweiten Welle schützen möchten“, erklärte Bürgermeister Michael Hillert zu Beginn der öffentlichen Sitzung. Strukturierte Moderation durch den Vorsitzenden, Sitzungsdisziplin, eingeblendete Präsentationen und Pläne, Wortmeldungen und Abstimmungen über ein Chat-

Fenster - alles in allem erfolgreich und ohne größere technische Schwierigkeiten, sodass sogar Skeptiker der digitalen Sitzungsvariante zum Fazit kamen: „Das hat hervorragend geklappt“.

Gesundheitszentrum Uhlandschule

Bauantrag ist bereits genehmigt

Laut Baugesuch ergibt sich eine veränderte Ansicht des Gebäudes. Hier der Blick vom ehemaligen Schulhof auf das Gebäude.

Der Eingangsbereich wird umgestaltet und ein kleiner Vorbau ergänzt. Zudem wird die provisorische Fluchttreppe entfernt und auf der gegenüberliegenden Gebäudeseite durch ein dauerhaftes Bauwerk ersetzt.

Der Technische Ausschuss hatte sich Anfang März bereits vor Ort über einen möglichen kleinen Vorbau im Eingangsbereich unterhalten und diesen befürwortet. Das passende Baugesuch ist mittlerweile bereits genehmigt, welches auch die notwendige Fluchttreppe zum Inhalt hatte. Um diesen baulichen Veränderungen Rechnung zu tragen, stimmte der Gemeinderat einer entsprechenden Anpassung des Pachtvertrags mit der KWG einstimmig zu. Um den Raum für den Vorbau zu

erhalten, muss in diesem Bereich das vorhandene Glasdach abgebaut werden. Inwiefern künftig eine neue Überdachung am Gebäude angebracht werden kann, die gleichzeitig auch den Abgang zur Tiefgarage „Schlösslesgarten“ überdeckt und schützt ist nun Bestandteil eines weiteren Planungsauftrags an die Architekten. Kurz angerissen wurde in der Diskussion auch die Möglichkeit einer weitergehenden Platzgestaltung, für die dann der vorhandene Laubengang weichen müsste. Diese Planungsgedanken wurden jedoch vorerst wieder beerdigt, da eine Umsetzung in der derzeitigen Situation aus Geldgründen nicht realisierbar erscheint.

Stellplatz-Satzung

Aufstellungsbeschluss gefasst

© w.r.wagner / pixelio.de

Künftig sollen bei Neubauten mehr Stellplätze auf privatem Grund hergestellt werden müssen, um den öffentlichen Straßenraum zu entlasten. Hierzu fasste der Gemeinderat den Aufstellungsbeschluss für eine Stellplatz-Satzung.

Nach entsprechender Vorberatung im Technischen Ausschuss, in dem bereits die grundsätzliche Notwendigkeit einer solchen Satzung festgestellt und die inhaltlichen Regelungen festgezurrt wurden, hat der Gemeinderat nun den Beschluss zum Auftakt in das vereinfachte Bebauungsplanverfahren gefasst. Hintergrund war ein FWV-Antrag im vergangenen Jahr hierzu. Die Satzung sieht eine Abstufung der notwendigen Stellplatzanzahl entsprechend der Wohnungsgröße vor. Anhand des

Satzungsentwurfs folgt nun die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange.

Kurz und bündig

Haushaltssituation: Corona bereits deutlich spürbar

Gleich zu Beginn der Sitzung hatte die Verwaltung schlechte Nachrichten parat: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie schlagen auch im Gemeindehaushalt deutlich zu Buche. So ergibt sich zum aktuellen Zeitpunkt bereits ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von rund -2,6 Mio. Euro. Dieses kommt maßgeblich durch einen entsprechenden Einbruch bei der Gewerbesteuer zustande, welche eine der Haupteinnahmequellen der Gemeinde darstellt. Kleinere Soforthilfezahlungen des Landes konnten diesen Effekt kaum abfedern. Folgerichtig hat die Verwaltung bereits Anfang Mai eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen, sodass derzeit nur dringend notwendige Dinge beschafft und bereits laufende Maßnahmen weitergeführt werden können. Leider ist die Einnahmetendenz weiter sinkend und es scheint nicht absehbar, ob oder wann hier das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Gleichzeitig haben bereits Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Baden-Württemberg über die finanzielle Ausstattung der Kommunen und die Sicherung ihrer Investitionsfähigkeit begonnen.

Umlegung für „Vor Buchhalden II“ angeordnet

Durch den förmlichen Beschluss, die Umlegung anzuordnen und den Umlegungsausschuss damit zu beauftragen, hat der Gemeinderat sinnbildlich nun den Staffelstab in Sachen Bodenordnung im Neubaugebiet „Vor Buchhalden II“ an seinen beschließenden Ausschuss übergeben, der das Verfahren im Weiteren durchführen und dann abschließend einen Umlegungsbeschluss fassen wird. Ebenso wurden ein vermessungstechnischer und ein bautechnischer Sachverständiger zur Mitwirkung im Umlegungsausschuss bestellt.

Veränderungssperre für den Bebauungsplan „Netzwerk Grüne Lungen“

Zur Sicherung der mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Netzwerk Grüne Lungen“ verbundenen Planungsziele – insbesondere die Freihaltung der Grünen Lungen von baulichen Anlagen aller Art – wurde vom Gemeinderat einstimmig eine Veränderungssperre erlassen. Diese gilt zunächst für 2 Jahre und hat zur Folge, dass im Geltungsbereich des sich noch im Verfahren befindlichen Bebauungsplans in der Zwischenzeit keine Vorhaben durchgeführt werden dürfen.

Entwurfsfeststellung für den Bebauungsplan „Lortzingweg“

Die Flurstücke Nr. 6158/2 und 12106/21 sind nach heutiger Rechtslage als baurechtlicher Außenbereich einzustufen und somit derzeit nicht bebaubar. Als

„Baulücke“ zwischen der bestehenden Bebauung im Norden und dem „Garten der Stille“ im Süden stellt die Fläche eine städtebaulich sinnvolle Arrondierung dar, weshalb hierfür bereits ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde. Nachdem natur- und artenschutzrechtliche Vorprüfungen keine größeren Stolpersteine zutage förderten, wurde ein entsprechender Bebauungsplanentwurf erarbeitet und durch den Gemeinderat festgestellt. Dieser wird im Weiteren öffentlich ausgelegt und den Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme vorgelegt.

Vergabe zur Durchführung der Eigenkontrollverordnung

Mit der Durchführung der Kanalreinigung und TV-Inspektion beauftragte der Gemeinderat einstimmig die Fa. Kanal-Kirn GmbH aus Rottenburg. Die Auftragssumme beläuft sich auf rund 72.000 Euro. Gemäß der bereits beschlossenen Konzeption zur Eigenkontrollverordnung muss das gesamte Kanalnetz der Gemeinde von 2020 bis 2023 in 4 Abschnitten gereinigt und auf seinen Zustand untersucht werden. Der erste Untersuchungsabschnitt 2020 beläuft sich auf eine Kanallänge von 17,5 km.

Ermstalbahn: Beteiligung an den Unterhaltungsinvestitionen der ENAG

Bereits seit geraumer Zeit beteiligen sich der Landkreis Reutlingen und die Kommunen Metzingen, Dettingen und Bad Urach an den Unterhaltungskosten der Erms-Neckar-Bahn AG für die Trasse der Ermstalbahn. Die bis dato letzte Finanzierungsvereinbarung stammt aus dem Jahr 2016 läuft nun zum 30.06.2020 aus. Nach bewährter Finanzierungssystematik wird dies nun auch noch bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 so fortgeführt. Anschließend sollen die Betriebsleistungen bis zur Inbetriebnahme der Regionalstadtbahn Teil eines Verkehrsvertrags zwischen RAB und dem Land Baden-Württemberg sein. Die Kosten für die Gemeinde belaufen sich für das zweite Halbjahr auf rund 13.500 Euro.

Elternbeiträge in der Kinderbetreuung

Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Sondersituation in der Kinderbetreuung wurden bereits für April und Mai die Elternbeiträge grundsätzlich ausgesetzt. Dies soll nun auch bis auf Weiteres so bleiben und lediglich Elternbeiträge bei Kindern erhoben werden, die auch tatsächlich im Rahmen der Notbetreuung oder eingeschränkten Regelbetreuung in einer Einrichtung betreut werden (dürfen). Um der veränderten Situation Rechnung zu tragen, wurden entsprechende Tagessätze entwickelt, die entsprechend der Inanspruchnahme der Betreuung abgerechnet werden und vom Gemeinderat in seiner Sitzung gebilligt wurden.

Erweiterung des Naturkindergartens vertagt

Auf der Tagesordnung war die Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung des Naturkindergartens um eine weitere Gruppe vorgesehen. Da sich bereits abzeichnete, dass derzeit und insbesondere zum neuen Kindergartenjahr ab

September nicht ausreichend Betreuungsplätze für alle Dettinger Kinder zur Verfügung stehen, hatte die Verwaltung in Abstimmung mit der evangelischen Kirchenpflege den Vorschlag im Vorgriff auf die alljährliche Kindergarten-bedarfsplanung, welche für die Juni-Sitzung vorgesehen ist, unterbreitet, um eine Realisierung möglichst zeitnah umsetzen zu können. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde der Tagesordnungspunkt jedoch mit knapper Mehrheit auf die nächste Sitzung vertagt. Hintergrund des Antrags war, dass angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage über die Investitions- und Personalkosten, welche außerplanmäßig finanziert werden müssten, fundierter im Zusammenhang mit der Bedarfsplanung entschieden werden könne.